

TAIWAN

(42) Reagan läßt Taiwan noch warten

Ein halbes Jahr nach Reagans Amtsantritt im Weißen Haus läßt sich immer noch keine Wende in der US-Taiwanpolitik erkennen. Der Präsident, der im Wahlkampf den "Verrat am Verbündeten Taiwan" durch seinen Amtsvorgänger Carter zugunsten der Annäherung der USA an Beijing scharf kritisiert und eine Verbesserung der Beziehungen zur Insel nach seinem Wahlsieg versprochen hatte, ist nun selbst ins gleiche Dilemma geraten. In den letzten Monaten mußte seine Regierung ebenfalls zwischen Beijing als dem heimlichen Verbündeten der USA gegen den Kreml und Taiwan als dem persönlich alten Freund des Präsidenten lavieren. Um Beijings Mißtrauen ihm gegenüber zu zerstreuen, sandte Reagan Mitte März den früheren Präsidenten Gerald Ford auf eine "private" Chinareise mit einem persönlichen Brief an Deng Xiaoping (C.a., April 1981, S.233, 04). Mitte Mai beteuerten der Präsidentenberater Edwin Meese und der Sprecher des Weißen Hauses, daß der Präsident zur Durchführung des US-Taiwangesetzes entschlossen sei, welches offizielle Kontakte mit den Vertretern Taiwans und amerikanische Waffenlieferungen an die Insel ermöglicht (ZYRB und LHB, 14. und 17.5.81). Dies rief eine Serie von Protesten seitens der VR China gegen diese neue "Zwei-China-Politik" der USA hervor (XNA, 25. und 31.5.81, 2.6.81). Nachdem US-Außenminister Alexander Haig am 16.Juni bei seinem viertägigen Besuch in Beijing die Bereitschaft der USA zu Waffenlieferungen an die VR China erklärt hatte, äußerte Reagan in Washington seine unveränderte Freundschaft zu Taiwan und seine Treue zum US-Taiwangesetz, das die Lieferung von defensiven Waffen an die Insel erlaubt (ZYRB und DGB, 18.6.81). Um Taiwan zu trösten, hatte die älteste Tochter des US-Präsidenten, Maureen Reagan, noch vor der Ankunft Haigs in Beijing eine viertägige Reise nach Taiwan gemacht. Sie ist Präsidentin der privaten Organisation "Sell Overseas American Association" (CP, 13. und 15.6.81). Ganz sicher hat sie aber in dieser Funktion nicht über die US-Waffenlieferungen mit Taiwan verhandelt.

Am 20.Juni erklärten die acht Mitglieder des Asiatisch-Pazifischen Unterausschusses des US-Repräsentantenhauses, daß sie nach einer Reihe von Hearings einstimmig eine Empfehlung für Präsident Reagan beschlossen hätten, zur Zeit keine modernen Kampfflugzeuge wie das Modell FX oder andere an Taiwan zu liefern. In einem Brief an den Präsidenten meinten sie, die Insel verfüge gegenüber Beijing immer noch über bessere Kampfflugzeuge. Außerdem habe Beijing gegenwärtig nicht die Absicht, Taiwan anzugreifen. Eine Lieferung von Kampfflugzeugen moderner Typen an Taiwan würde der Zusammenarbeit zwischen den USA und China beim Kampf gegen die Expansion der Sowjetunion schaden (DGB und LHB, 22.6.81; XNA, 21.6.81). Kurz vor Haigs Besuch in Beijing, nachdem das State Department den Doppelbeschluß der US-Regierung über Waffenlieferungen sowohl an Taiwan als auch an Beijing bekanntgemacht hatte, erklärte ein Sprecher der chinesischen Regierung am 9.Juni, eher werde China auf amerikanische Waffen verzichten, als die Waffengeschäfte der Amerikaner mit Taiwan billigend hinzunehmen (DGB, 10.6.81).

Um der neuen Regierung in Washington eine Aufwertung der Beziehungen zu Taiwan aufzudrängen, hat Taiwan kurz nach Reagans Amtsantritt den ehemaligen Staatssekretär im Außenministerium, Cai Weiping, zum neuen Leiter der inoffiziellen Vertretung Taiwans in den USA ernannt (vgl. C.a., März 1981, S.173, 053). Nach einer Meldung der LHB (11.6.81) wollte Washington ursprünglich den amtierenden US-Generalkonsul in Hong Kong als neuen inoffiziellen Vertreter nach Taiwan senden. Dies wurde von Taiwan mit der Begründung abgelehnt, daß

der diplomatische Rang eines Generalkonsuls für diese Stelle nicht hoch genug sei. Der Wunsch Taiwans ist angeblich, einen Nichtberufsdiplomaten aus dem Kreis der Reagan persönlich vertrauten Mitarbeiter nach Taipei zu bekommen. Darüber hinaus hat eine Handelsdelegation Taiwans unter Leitung von Lu Zhaozhong, dem stellvertretenden Direktor des Außenhandelsamts, bei einer längeren Reise vom 27.März bis zum 30.Mai dieses Jahres in 20 Bundesstaaten der USA Landwirtschafts- und Industrieprodukte mit einem Gesamtwert von über 1.070 Mio.US\$ bestellt. Nach einer Erklärung Taiwans zielte die Kaufmission auf einen Abbau des Exportüberschusses im Handel mit den USA ab. Doch dahinter steht die politische Absicht einer Gelddiplomatie. Während ihres 61tägigen Aufenthalts in den USA hat die Delegation mit zehn Senatoren, einem Abgeordneten des Repräsentantenhauses, elf Gouverneuren und acht Vizegouverneuren Gespräche geführt (ZYRB, 31.5.81).

In der letzten Zeit hat die taiwanesishe Presse häufig über erleichterte Kontakte der inoffiziellen Vertretung Taiwans mit der US-Regierung, über die Einwilligung der US-Regierung zur Eröffnung neuer Zweigstellen des inoffiziellen Verbindungsbüros Taiwans in den USA, die Erteilung diplomatischer Sonderrechte für die zum Verbindungsbüro Taiwans in den USA gehörenden Personen wie weitere US-Waffenlieferungen im Rahmen des Taiwangesetzes berichtet (z.B. ZYRB, 28.6. und 4.7.81). Zuversichtlich sagte Ministerpräsident Y.S. Sun gegenüber dem Korrespondenten von IHT (6.7.81): "Angesichts der antikommunistischen Philosophie Präsident Reagans sowie dem wichtigen Verhältnis, das wir unterhalten müssen, haben wir allen Grund, daran zu glauben, daß die Beziehungen zu den USA noch unter seiner Regierung verbessert werden."

Am 6.Juli bestätigte der Sprecher des Weißen Hauses, Speaks, daß die Regierung Reagan im Vergleich zu ihren Vorgängern häufige und herzlichere Kontakte mit der taiwanesischen Regierung habe. Gleichzeitig schloß er aber eine grundsätzliche Veränderung der "Nichtregierungsbeziehungen" aus. Die chinesische amtliche Presseagentur XNA (7.7.81) hat den Sprecher scharf angegriffen, daß dieser in seiner Rede von der "Regierung" Taiwans gesprochen und damit dem gemeinsamen Kommuniqué zwischen Washington und Beijing über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen widersprochen habe. In dem Kommuniqué hatten die USA Beijing als die einzige legitime Regierung für China anerkannt, und im US-Taiwangesetz ist nur vom "taiwanesischen Volk" die Rede. Beijing möchte Taipei nur als lokale Behörde Chinas anerkannt wissen und daher weitere Waffenlieferungen an Taiwan und eine Gewährung diplomatischer Immunität für die Vertreter Taiwans in den USA durch Washington sowie das Taiwangesetz überhaupt als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas verstehen. Zum Schluß der XNA-Meldung heißt es: "Dem Vernehmen nach hat die US-Regierung über zahlreiche Fragen noch keine Entscheidung getroffen. Man beobachtet sorgfältig die Entwicklung der Sache." In einem Artikel unter dem Titel "Kommentar zum 'Taiwan Relations Act' der USA", der in der chinesischen Zeitschrift "Guoji Wenti Yanjiu" (Forschungen zu internationalen Fragen) vom Juli zunächst veröffentlicht und am 4.Juli von der RMRB übernommen wurde, wird betont, daß die Bestimmungen des Taiwangesetzes nur die taiwanesishe Behörde ermutigten, friedliche Verhandlungen und eine friedliche Vereinigung mit China abzulehnen. Dies könnte zu einer Situation führen, in der China sich gezwungen sähe, gegen seinen Willen nichtfriedliche Maßnahmen zur Lösung der Taiwanfrage zu ergreifen.

Am 9.Juli erklärte Außenminister Haig, daß die US-Regierung in der Sache weiterer Waffenlieferungen an Taiwan noch keine Entscheidung getroffen habe. Es gebe auch keinen Zeitplan.

Zur Frage der Eröffnung neuer Zweigstellen des Verbindungsbüros von Taiwan in den USA wollte er keine Antwort geben (ZYRB, 11.7.81).

-ni-

(43) Kommunisten gelten nicht mehr als "Banditen"

In einer Rede vor dem Ausschuß für Kultur und Presse des Seminars zum Aufbau des Staates in Taipei hat der Direktor des Arbeitskomitees für das chinesische Festland des ZK der Guomindang (Kuomintang), Bai Wanxiang, am 16. Juli in einer neuen politischen Entscheidung der Regierung von Taiwan bekanntgegeben, daß die Kommunisten auf dem chinesischen Festland in der für das Ausland bestimmten Propaganda oder im internationalen Verkehr jetzt nicht mehr von Taiwan als "Banditen" (Fei) bezeichnet würden. Statt dessen werde man die Bezeichnungen "chinesische Kommunisten" (Zhonggong) und "das Regime der chinesischen Kommunisten" (Zhonggong Zhengquan) verwenden. Um "die psychologische Verteidigungsfront zu stärken", so Bai, werde jedoch im Inland die Bezeichnung für die kommunistische Partei und Regierung unverändert bleiben, nur daß die einzelnen kommunistischen Führer bei Namensnennung nicht mehr mit "Bandit" tituliert werden sollen. In der für das chinesische Festland bestimmten Propaganda sollten sie gar noch höflicher "Herr" genannt werden (DGB, 18.7.81).

Nach dem Bruch der Koalition zwischen der Guomindang und den Kommunisten im Jahre 1927 wurden diese von der Guomindang-Regierung unter Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) als "Banditen" bezeichnet und verfolgt. Infolge der Bildung der neuen Einheitsfront gegen die japanischen Invasoren 1937/45 wurde diese herabsetzende Bezeichnung lange Zeit nicht mehr benutzt. Erst nachdem die Guomindang-Regierung 1949 von den Kommunisten nach Taiwan vertrieben worden war, ließ Jiang Jieshi auf der Insel seine Gegner wieder "Banditen" nennen. In allen Dokumenten, Artikeln und Reden mußten die kommunistischen Führer z.B. als "Banditenhäuptlinge" (Feixiu), das chinesische Festland als "Banditenzone" (Feiqu) und die Waren vom Chinafestland als "Banditengüter" (Feihuo) bezeichnet werden.

Seitens der chinesischen Kommunisten wurde die Guomindang-Regierung früher ebenfalls als "Banditenbande Jiang" (Jiang-Feibang) bezeichnet. Doch verzichtete Beijing infolge der Friedensoffensive schon vor einigen Jahren auf die Diffamierungsbezeichnung. In der chinesischen Presse wurde die Regierung in Taipei als Taiwan- oder Guomindang-Behörde umschrieben. Der jetzige Staatspräsident Jiang Jingguo (Chiang Chingkuo) wurde wie sein Vater und Vorgänger Jiang Jieshi mehrmals von den Kommunisten mit der Bezeichnung "Herr" respektiert.

Die Weiterverwendung der Diffamierungsbezeichnung "Bandit" in Taiwan für den kommunistischen Gegner wurde nicht nur auf dem chinesischen Festland, sondern auch im Ausland, vor allem bei den Overseaschinesen, als geschmacklos und schädlich für Taiwan selbst empfunden. Bereits auf dem Seminar zum Aufbau des Staates im letzten Jahr forderte ein Teilnehmer namens Lin Er, ein in den USA wohnender taiwanesischer Komponist, die Regierung in Taipei auf, über die Bezeichnung "Bandit" für die kommunistische Seite nachzudenken. Diesmal wurde dieselbe Frage von den Teilnehmern an demselben Seminar aus dem Ausland abermals zur Diskussion gestellt.

Seit über einem Jahr hat die Regierung in Taipei den inoffiziellen Delegierten an internationalen Konferenzen oder Veranstaltungen sowie Studenten aus Taiwan im Ausland erlaubt,

Kontakte mit ihren Kollegen beziehungsweise Kommilitonen vom chinesischen Festland aufzunehmen. Auf dem 12. Parteitag Ende März und Anfang April dieses Jahres hat die Guomindang auch statt "gloriose Rückeroberung des Festlandes" die neue Parole "Vereinigung Chinas mit den drei Volksprinzipien" (Lehre von Sun Yat-sen, Gründer der Guomindang und Vater der Republik China) angeführt. Doch ist alldies eher eine rhetorische Änderung als ein Kurswandel. Auf dem oben genannten Seminar zum Aufbau des Staates in diesem Jahr wie in zahlreichen Interviews und Reden des Präsidenten Jiang Jingguo und des Ministerpräsidenten Sun Yunxuan wurden alle Anregungen zur Aufnahme von Post-, Handels- und Verkehrsverbindungen mit dem chinesischen Festland kategorisch abgelehnt. Verändert hat sich nur dies: Früher wollte die Guomindang das kommunistische Regime gewaltsam umstürzen, jetzt wartet sie nur noch auf seine Kapitulation.

-ni-

(44) Rätselhafter Tod eines aus den USA zurückgekehrten Wissenschaftlers

Der mysteriöse Tod eines jungen Wissenschaftlers namens Chen Wencheng in Taipei hat einen großen Wirbel unter den taiwanesischen Studenten in den USA bewirkt und damit auch die Aufmerksamkeit des US-Parlaments auf sich gezogen. Chen (31), Bürger von Taiwan, war Assistenzprofessor für Statistik an der Carnegie-Mellon-Universität in den USA. Am 20. Mai dieses Jahres kam er mit seiner Frau und seinem einjährigen Sohn zum Heimaturlaub nach Taiwan und wohnte bei Verwandten in Taipei. Kurz vor seiner Rückreise in die USA wurde er von dem Hauptquartier der Garnison Taiwan am 2. Juli zum Verhör über seine politische Aktivität in den USA geladen. Am Morgen des folgenden Tages wurde er an einer Außentreppe eines fünfstöckigen Gebäudes auf dem Campus der Universität Taiwan tot aufgefunden.

Laut Erklärung des Garnisonshauptquartiers wurde Chen am 2. Juli um 9 Uhr morgens mit einem Wagen in die Sicherheitsabteilung abgeholt. Um 21.30 Uhr abends sei das Verhör beendet gewesen, und man habe ihn mit dem Wagen nach Hause gebracht. Doch behaupteten die Verwandten Chens, daß sie ihn nicht hätten zurückkommen sehen. Wieder nach der Darstellung des Garnisonshauptquartiers sei der Sicherheitsbeamte, der Chen nach Hause begleitet habe, auf dessen Bitten nicht bis zur Wohnungstür im vierten Stock, sondern nur bis zum zweiten Stock des Wohnblocks mitgegangen. Vier in demselben Haus wohnende Schülerinnen und eine Freundin von ihnen, die sich zu dem oben erwähnten Zeitpunkt vor der Haustür befanden, sagten als Zeugen, daß sie mit eigenen Augen gesehen hätten, wie zuerst zwei Männer ins Haus gegangen seien und fünf bis zehn Minuten später einer von diesen das Haus wieder verlassen habe. Ein Freund von Chen, Deng Weixiang, erzählte, daß Chen an jenem Tag gegen 23 Uhr ihn, Deng, besucht habe. Chen habe bei ihm gegessen, einen Brief in Englisch geschrieben und vom Verhör im Garnisonshauptquartier erzählt. Gegen 0.30 Uhr in der Nacht sei Chen fortgegangen. Ein Abiturient namens Ni Zhaoqiang hatte sich mit seiner Freundin in der Nacht nur 22 m weit von dem Gebäude, wo man später die Leiche von Chen fand, aufgehalten. Nach Aussagen von Ni ist eine Person mit kurzen Haaren und in dunkler Bekleidung gegen 0.45 Uhr ganz oben auf die Außentreppe gestiegen. Ob es sich dabei um einen Mann oder eine Frau handelte, habe er nicht unterscheiden können. Um 1.35 Uhr habe er wieder einen Menschen in hellerer Bekleidung dieselbe Treppe hochsteigen sehen. Ob jedoch einer von den beiden Chen Wenchang gewesen und ob der zweite Mensch ganz nach oben auf die Treppe gestiegen sei, konnte Ni nicht bezeugen. Er wußte nur zu berichten, daß nichts besonderes geschehen sei, bevor er mit seiner Freundin den Ort verlassen habe. Erst um 7.30 Uhr am

folgenden Tag meldete ein Mann telefonisch bei der Wache am Haupteingang der Universität die Entdeckung einer Leiche an dem betreffenden Ort. Als der Polizist nach dem Namen des Anrufers fragte, legte dieser plötzlich auf.

In einem am 19. Juli veröffentlichten Ermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft wurde festgestellt, daß Chen vom Balkon des fünften Stockes hinuntergefallen war. Sowohl bei der Obduktion als auch bei der Analyse des Zustandes an Ort und Stelle habe man keine Spur einer Tötung durch andere Personen erkennen können. Deshalb würde offiziell ein Selbstmord oder Unfalltod vermutet.

Noch vor der Veröffentlichung des Ermittlungsergebnisses hatte aber das Garnisonshauptquartier am 6. Juli bereits gemutmaßt, daß sich Chen möglicherweise aus Angst vor einer Strafe wegen seiner politischen Aktivitäten in den USA das Leben genommen habe. Doch andererseits bekräftigte der Oberbefehlshaber des Garnisonshauptquartiers, daß Chen nach dem Verhör entlastet und ohne Kautions- oder Bürgschaft freigelassen worden sei. Dazu habe man am Ende der Befragung Chen noch angedeutet, daß dieser wie geplant wieder in die USA zurückkehren könne. Nach den Worten seines Freundes Deng, den, wie oben erwähnt, Chen nach dem Verhör und vor dem Tod besucht hatte, soll dieser im Gespräch die Befürchtung geäußert haben, daß ihn eine hohe Freiheitsstrafe erwarten könne. Alle Verwandten und Freunde Chens haben jedoch betont, daß er immer lebensfroh und optimistisch gewesen sei. Daher halten sie einen Selbstmord für undenkbar.

Laut Erklärung des Garnisonshauptquartiers habe Chen in den USA eine Stiftung zur Unterstützung einer oppositionellen Zeitschrift "Meilidao" mitgegründet, deren Erscheinen nach den Krawallen in Gaoxiong (Kaohsiung) am 10. Dezember 1979, die sich aus einer Demonstration für die Menschenrechte ergeben hatten, von der Regierung untersagt worden sei. Acht führende Mitglieder der Zeitschrift wurden vom Garnisonshauptquartier am 18. April 1980 unter dem Vorwurf der Rebellion zu Freiheitsstrafen von zwölf Jahren bis lebenslang verurteilt. Außer seinen Beziehungen zu der genannten Zeitabhängigkeit der Insel von China befürworten.

Seit der Meldung vom sensationellen Tod von Chen Wencheng hat es in zahlreichen Universitäten der USA Demonstrationen von maskierten Studenten aus Taiwan gegen die Schnüffelei des Geheimdienstes der Guomindang-Regierung auf dem Gelände ausländischer Universitäten gegeben. Vor dem Fall von Chen waren schon zahlreiche nach Taiwan zurückgekehrte Intellektuelle wegen ihrer politischen Aktivitäten in den USA oder anderen Ländern vom Garnisonshauptquartier verhört beziehungsweise sogar zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Im Zusammenhang mit dem Tod von Chen hat das Garnisonshauptquartier in einer Erklärung die Existenz einer Einrichtung bestätigt, bei der unter dem Namen "Caihong Qingbao" (Regenbogen-Information) Denunziationen aus dem Ausland zusammenlaufen sollen. In einem Brief an das State Department forderte Jim Leach, republikanischer Abgeordneter des Repräsentantenhauses, daß man die Spionage Taiwans gegen seine eigenen Landsleute in den USA stoppen müsse. Im Unterausschuß des Repräsentantenhauses für Asien und den Pazifischen Raum wurde Ende Juli ein Hearing über den Tod von Chen veranstaltet. Die Carnegie-Mellon-Universität hat Taiwan gebeten, die Leiche Chens zu einer objektiven Untersuchung in die USA zu schicken oder die Reise eines Experten der Universität nach Taiwan für diese Aufgabe zu ermöglichen.

Im offiziellen Obduktionsbericht wurde vor allen Dingen nicht erklärt, warum Chen beim Sturz aus einer Höhe von 13,50 m außer Kratzwunden keine großen Blutflecken auf dem Boden hinterlassen hat. Merkwürdig scheint auch, daß man im

Körperinnern festgestellt hat, daß sowohl 13 Rippen von vorne als auch das Schambein und die Wirbelsäule von hinten gebrochen waren. Kopf und Beine wurden nicht verletzt. Außerdem hat der Rechtsanwalt in seinem Report nicht erwähnt, ob man sich um die Auffindung des ersten Zeugen bemüht hat, der, wie oben bereits erwähnt, die Leiche Chens zuerst gesehen und dies bei der Wache der Universität telefonisch gemeldet hat.

Vor seinem Tod hat Chen gegenüber seinem Freund Deng in dem Gespräch die Befürchtung geäußert, daß er an jenem Abend von jemandem, wahrscheinlich von der Behörde, beschattet werde. War der erste Zeuge der von Chen vermutete Spitzel? Oder war der Spitzel auch der Mann, der in der Nacht als zweiter auf die Treppe stieg, von der Chen heruntergestürzt ist? (Vgl. ZYRB u. LHB, 5.-20.7.81; Meilidao, Nr. 45-48; DGB, 5.8.81).

-ni-

(45) Investitionslust abgesunken

Im ersten Halbjahr wurden nach den Statistiken des Wirtschaftsministeriums in Taipei insgesamt 11.097 neue Firmen auf der Insel gegründet. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum des vorigen Jahres sind die Zahlen um 8,1% zurückgegangen. Die registrierte Gesamtkapitalsumme von 53.362 Mio. NT\$ (36 NT\$ = 1 US\$) ist sogar um 30,4% abgesunken (ZYRB, 11.7.81). Die ausländischen Investitionen gingen im gleichen Zeitraum mit 138.626.000 US\$ (23.208.000 US\$ von Überseechinesen und 115.418.000 US\$ von Ausländern) gegenüber dem Rekord von 229.874.000 US\$ (97.510.000 US\$ von Überseechinesen und 132.364.000 US\$ von Ausländern) im Vergleichszeitraum des vorigen Jahres noch deutlicher zurück (ZYRB, 2.7.81). In der Handelsbilanz war nach der Verbesserung im Mai wieder ein Monatsexportüberschuß von 22,8 Mio. US\$ zu verzeichnen; doch ist vom ersten Halbjahr 1981 her noch ein Importüberschuß von 478 Mio. US\$ geblieben. Insgesamt betrug der Wert des Warenaustauschs Taiwans mit dem Ausland in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 22.080,2 Mio. US\$, davon entfielen auf den Export 10.801,1 Mio. US\$ und auf den Import 11.279,1 Mio. US\$ (ZYRB, 10.7.81).

Nach einer Untersuchung der Kommission für Wirtschaftsaufbau der Regierung in Taipei ist die durchschnittliche Arbeitsdauer eines in der Handelsbranche Beschäftigten im Monat von 241 Stunden i. J. 1975 auf 209 Stunden im vorigen Jahr abgesunken. In den Fabriken arbeitete ein Arbeiter letztes Jahr monatlich 221 Stunden. Die Verkürzung der Arbeitsstunden, zumal in den Kaufhäusern, war auf Energieeinsparungen und eine Erhöhung des Lebensstandards zurückzuführen, wie der Bericht der Kommission meinte. Der durchschnittliche Monatslohn eines Beschäftigten in der Handelsbranche ist in dem genannten Zeitraum von 3.737 NT\$ auf 10.411 NT\$ gestiegen (ZYRB, 13.7.81).

-ni-

(46) Großer Schaden durch Überschwemmung

In den letzten Monaten ließen zahlreiche Katastrophen die Insel Taiwan kaum zu Atem kommen. Nachdem sich im April und Mai eine Reihe von Zugunglücken, Feuern und starken Monsunregenfällen mit großen Personen- und Sachschäden ereignet hatte (vgl. C.a. April 1981, S. 257, 065 u. Mai 1981, S. 320, 048), wurde die Insel am 19. Juli wieder von dem Taifun "Maury" heimgesucht. Der Sturm, der eigentlich nicht stark war und auch nicht lange dauerte, hat große Niederschlagsmengen auf die Insel gebracht. Vom 19. bis zum 23. Juli wurden fast aus allen Großstädten und Kreisen in dem dicht bevölkerten Gebiet Westtaiwans Überschwemmungen gemeldet. Zahlreiche

